

prüft werden“ – auch die der chilenischen Menschenrechtsorganisationen.

In die Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU- und FDP-Ministern griff schließlich – außerhalb seiner Zuständigkeit – Sozialminister Norbert Blüm ein: „Systeme, die foltern, sind beweisunfähig.“ Deswegen interessiere ihn überhaupt nicht, welche Beweise, von wem auch immer, vorgelegt würden. Der promovierte Philosoph: „Die nehme ich nicht zur Kenntnis.“

„Man konnte eine Stecknadel fallen hören“, so erinnerte sich einer aus der Runde, als Blüm „eine apokalyptische Vision“ ausbreitete: Man müsse sich einmal vorstellen, Leute würden hingerichtet, und die Bundesregierung hätte die Exekution durch eine Einreiseerlaubnis verhindern können.

Bundeskanzler Kohl beauftragte Zimmermann, gemeinsam mit Staatsminister Schäfer und Pressestaatssekretär Friedhelm Ost eine Erklärung fürs Volk zu fertigen: derzeit kein Entscheidungsbedarf.

Hans-Dietrich Genscher zog nach Rückkehr aus Griechenland mit seinen Mitarbeitern zufrieden Bilanz: „Es mußte klarwerden, daß es eine negative Entscheidung nicht gibt.“ Nach der Kabinettsitzung sei der Zustand wiederhergestellt, „den wir vor Zimmermanns Erklärung hatten“.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### Bißchen Spielraum

**Im Bonner Bündnis bauen sich zahlreiche Konflikte auf – vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.**

Die Zeit, da Freidemokraten bei allem, was sie tun, stets nur ans Überleben der eigenen Partei denken, ist fürs erste vorüber. Gegenwärtig machen sich die FDP-Oberen mehr Gedanken über die Zukunft des großen Partners und der christlich-liberalen Koalition.

Die Diskussion über den Zustand des Bonner Bündnisses hatte, wieder einmal, Otto Graf Lambsdorff in Gang gesetzt. Wichtige Entscheidungen schiebe die Koalition vor sich her, nörgelte er. Manches, was in Bonn laufe, erinnere ihn an „die Endphase der sozialliberalen Koalition“. Die CDU drifte nach links, es bestehe die Gefahr, „daß die Brücken zu uns nicht mehr tragbar sind“.

Aufgeschreckt von der heftigen Reaktion der verunsicherten Christdemokraten, suchten die Liberalen zu besänftigen. Die FDP stehe so gut da wie nie zuvor, bremste Generalsekretär Helmut Haussmann die eigenen Leute. Da könne man dem Partner getrost dort, wo von der FDP ohnehin keine Wähler zu holen seien, ein bißchen Spielraum lassen. Haussmanns Parole: „Wir dürfen uns die CDU nicht völlig verbüßern.“

Die Aufforderung, mit dem Partner vorsichtiger umzugehen, kam beim FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann offenbar nicht an. Selbstbewußt wies der FDP-Chef den Koalitionär auf dessen eigene Fehler hin.

Regelmäßig zettelten die Christdemokraten vor Wahlen parteiinterne Diskussionen an, die den Liberalen Wähler zutrieben. Vor der Bundestagswahl sei das die Auseinandersetzung um Genschers Außenpolitik gewesen, vor den Wahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz die Abrüstungsdebatte, und jetzt, mit der von Lothar Späth angefangenen Diskussion um die Steuerreform, bereite der Koalitionspartner der FDP erneut das Feld. Die Freidemokraten, so Bangemann, würden den Wählern natürlich sagen, daß manche Christdemokraten nicht mehr die versprochenen Steuer-

FDP-Chef Bangemann kümmerte sich um die bedrängten Spitzenverdiener unter den Freiberuflern. Er setzte bei Blüm eine Anhebung der vorgesehenen Honorare durch und boxte Leistungen wieder in den Gebührenkatalog, die eigentlich gestrichen bleiben sollten. Jetzt befürchten die privaten Krankenkassen statt Einsparungen Mehrkosten von zehn Prozent.

Auf dieser Linie wollen die Freidemokraten im Herbst fortfahren. Über die Selbstbeteiligung der Patienten sollen neue Geldquellen erschlossen werden, die der Ärzteklientel zugute kommen. Bei allen Reformanstrengungen für den teuren Gesundheitsapparat soll die Pharma-Industrie möglichst geschont werden.

Krach zeichnet sich auch in der Arbeitsmarktpolitik ab. Nächste Woche



**FDP-Politiker Bangemann, Graf Lambsdorff, Haussmann: Alles läuft**

erleichterungen von 45 Milliarden Mark für 1990 gewähren wollen.

Die FDP als Steuersenkungspartei und Garant für ökonomische Vernunft – es scheint alles bestens zu laufen. Mehr denn je präsentieren sich die Blau-Gelben als Partei der gut verdienenden Manager und des Mittelstands. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik wollen sie in den nächsten Monaten keinem Konflikt aus dem Weg gehen.

Ein Vorgeplänkel dessen, was die Union mit ihrem liberalen Partner noch erleben wird, bekam in den vergangenen Wochen Arbeitsminister Norbert Blüm zu spüren.

Deutschlands Zahnärzte, als Freiberufler in der Obhut der FDP, protestierten heftig gegen eine neue Gebührenordnung. Sie befürchteten Einbußen ihrer Einkommen von durchschnittlich über 200 000 Mark im Jahr (siehe Seite 179).

legt Finanzminister Gerhard Stoltenberg seinen Haushalt für 1988 vor. Darin fehlen Ausgabenposten, die Bonn bisher rund eine Milliarde Mark kosteten. Leistungen wie das Benachteiligten-Programm für Jugendliche oder die Sprachförderung für Ausländer, bisher von Bonn bezahlt, muß in Zukunft die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg finanzieren.

Folge: Schon im nächsten Jahr rutscht die Arbeitslosenversicherung in die roten Zahlen. Entweder muß Stoltenberg zuschießen, was wohl auszuschließen ist, oder der Beitrag muß steigen. Höhere Beiträge, von denen auch die Unternehmen betroffen wären, passen aber gar nicht ins FDP-Konzept.

Die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien werden sich demnächst um die Finanzierung der Steuerreform 1990 drehen. Die Liberalen wollen nicht hinnehmen, was

Stoltenberg diese Woche bei der Vorlage seines Etatentwurfs 1988 und der Plandaten bis 1991 vorgibt. Sie wollen eigene Haushaltsdaten „an der unteren Grenze für Konjunktur und Steuereinnahmen“ (Haussmann) durchrechnen, einen „ehrlichen Überblick“ gewinnen. Haussmann: „Wir können uns ja nicht völlig dem Stoltenberg ausliefern.“

Wirtschaftsminister Bangemann will sich einstweilen als Sparvorbild für CDU/CSU-Kollegen herausputzen. Er läßt derzeit zusammenstellen, was er schon alles in seinem Etat gestrichen hat. Dann kann die FDP, so der Plan, glaubwürdig fordern, auch den Forschungsset oder die Baukasse zu schröpfen.

Ganz gelassen verfolgt Außenminister Hans-Dietrich Genscher derweil, was sich in der Bonner Koalition zusammenbraut. Mit Heiner Geißler, Blüm und Familienministerin Rita Süssmuth, so der Taktiker, habe er drei Wortführer jenes Parteiflügels der CDU/CSU auf seiner Seite, die seine Entspannungspolitik unterstützen. Wenn die drei in Zukunft die Richtung der Partei bestimmen würden, hätte er in der Koalition eine ruhige Zeit.

Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik dagegen bauen sich, behält Genscher recht, kaum überwindbare Konflikte auf. Selbst Haussmann, der vergangene Woche den forschen Lambsdorff noch zu bremsen versuchte, sieht Grenzen. „Wenn Blüm eine christlich-sozialistische Politik zur Koalitionsfrage erklären würde“, so der FDP-Mann, „dann könnten wir nicht mehr mitmachen.“

## DIPLOMATIE

### Fremde Zwecke

**Trotz großer Bekenntnisse des Bundeskanzlers: Die Achse Bonn – Paris funktioniert nicht.**

Das waren noch Zeiten für den ehemaligen Frontoffizier Alfred Dregger, als er sich mit Ronald Reagans Amerika einig wußte. Da konnte der Anführer der sogenannten Stahlhelm-Fraktion in den Unionsparteien frohlocken, die amerikanischen Freunde hätten endlich „deutlich gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, unter den Parolen ‚Entspannung‘ und ‚Dialog‘“ mit den Sowjets zu verkehren.

Doch nun, in der Dämmerung der Amtszeit des stets von ihm so verehrten Präsidenten, ist das Weltbild des Alfred Dregger zusammengebrochen: Wenn die Amerikaner ihre Mittelstreckenwaffen abziehen, überlassen sie nach seiner Meinung Westeuropa dem Zugriff der Bolschewisten, die er schon als Weltkrieg-II-Hauptmann vergebens in Schlesien aufzuhalten suchte.

Beim Schlesiertreffen, vorletzten Samstag in Hannover, fachte der enttäuschte Amerika-Liebhaber unter den

Vertriebenen deutschnationale Stimmungen an: Mit dem, was die „Willkür der Siegermächte“ angerichtet habe, schwadronierte der Festredner, „müssen wir fertig werden“. Deutsche und Polen dürften „sich nicht weiterhin für fremde Zwecke mißbrauchen lassen“.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hält die antiamerikanischen Töne in der rechten Ecke der Union für „lebensgefährlich“. Und auch Richard Burt, Reagans Statthalter in Bonn, warnte letzten Donnerstag in Berlin vor „unbedachtem Gerede“ über die Folgen der doppelten Null-Lösung.

Gemeint war Alfred Dregger, der sich selbst für den „wichtigsten Mann nach dem Bundeskanzler“ hält. Im Alleingang und zum Schrecken von Helmut Kohl hatte er sich aufgemacht, einen

der Sowjet-Union in Europa konventionell nicht mehr ausgeglichen werden kann“.

Und weil er gerade so schön in Fahrt war, droch der Stahlhelm-Chef gleich auch noch auf das westliche Bündnis ein: Die Nato habe „kein Konzept“ für Rüstungskontrolle und gar nicht geprüft, „welche Instrumente für ihre Strategie der abgestuften Abschreckung noch zur Verfügung stehen“.

Zu allem Überfluß ließ sich Dregger gar zu Spekulationen hinreißen, anstelle eines Amerikaners könne ein französischer General den Nato-Oberbefehl übernehmen. In Paris lösten solche Gedankenspiele über die Rückkehr der Grande Nation in die militärische Integration der Nato mehr Heiterkeit als Befremden aus.



CDU/CSU-Fraktionschef Dregger: „Willkür der Siegermächte“

Ersatz für die von ihm längst verloren gegebene Nukleargarantie der USA zu suchen.

Seinen staunenden Parteifreunden präsentierte der CDU/CSU-Fraktionschef vorletzten Woche den „gedanklichen Entwurf“ einer Neuorientierung der deutschen Sicherheitspolitik: Nicht mehr die Nato, sondern eine von Frankreich geführte „Europäische Sicherheitsunion“ müsse nun Vorrang haben. Dregger plagt die Furcht, daß die Amerikaner alle ihre Atomwaffen abziehen und den Deutschen auch noch das wichtigste Element ihrer „nuklearen Teilhabe“, die 72 Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr, nehmen könnten. Der Schlüssel zu Dreggers „Europäischer Sicherheitsunion“ soll bei den Atommächten Frankreich und Großbritannien liegen, da nach einer doppelten Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen – so Dreggers Unterstellung – „die atomare Übermacht

Auch dem Kanzler in Bonn waren solche Hirngespinnste zuviel. Er piff seinen Dregger zurück: Frankreich könne und wolle „nicht den atomaren Schutz der Bundesrepublik übernehmen“. Vor der CDU/CSU-Fraktion setzte Kohl am Dienstag voriger Woche noch eins drauf. Ohne jemanden beim Namen zu nennen, warnte der Kanzler „alle Freunde Frankreichs“ vor „unerbetenen Ratschlägen“ und „öffentlicher Spekulation“. Das zielte nicht nur auf Fraktionschef Dregger, sondern auch auf Helmut Schmidt.

Kohls Vorgänger redet seit Wochen von einem „integrierten Westeuropäischen Verteidigungssystem“ mit einem „französischen Oberbefehlshaber“, das nicht „unter dem Signum der Nato“ steht. Auch Schmidt will „den Wirkungsbereich der französischen Abschreckungskräfte“ so erweitern, daß sie nicht mehr nur das französische Territorium